

SCHEIBENWISCHER

ZEITUNG FÜR GAU-ALGESHEIM UND DRUM'RUM



Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Gau-Algesheim

www.gruene.de/gau-algesheim

26. Jahrgang, Oktober 2007

Themen

- Mehr Straßen für Gau-Algesheim ?
- Kiesabbau auf dem Laurenziberg
- Neues Industriegebiet vor den Toren Gau-Algesheims
- Endlich - Hochwasserschutz im Welzbachtal
- Neubaugebiet Sandkaut – in den Sand gesetzt
- Die Sportplatzmärchen von Gau-Algesheim
- Beachvolleyballplatz – Grüne Initiative getrübt durch Anwohnerklagen



Mehr Straßen für Gau-Algesheim ?

Soll es zukünftig mehr oder weniger Autoverkehr in Gau-Algesheim geben?

Von Klaus Reinheimer und Joachim Cohausz

Soll es zukünftig mehr oder weniger Autoverkehr in Gau-Algesheim geben? Das scheinen viele Mitglieder des Stadtrates nicht recht zu wissen. Anders sind jedenfalls die chaotischen und sich widersprechenden Planungen, die zurzeit für viel Steuergeld vorgenommen werden, nicht zu erklären. In der jüngsten Stadtratssitzung wurde erneut eine Abstimmung zu den Umgehungsvarianten durchgeführt. Eine knappe Mehrheit stimmte nun für eine ortsnähere Umgehungsstraße, die Variante 2.

Ein Jahr zuvor hatte sich der Stadtrat mit großer Mehrheit – nur die Grünen sprachen sich deutlich dagegen aus - noch für eine ortsferne unsinnige Umgehungsstrecke (Variante 3a) entschieden, obwohl damals schon klar war, dass eine solche Trassenführung nie kommen wird.

Einige Ratsmitglieder konnten es beim neuerlichen Entscheid nicht fassen, dass ihre „weise“ Entscheidung für die Variante 3a von den Fachbehörden mit Recht als nicht akzeptabel empfunden wurde. Danach sollte für viel Geld viel Natur zerstört werden und eine Straße gebaut werden, die im Hinblick auf Verkehrs-entlastung der Ockenheimer Straße und der Rheinstraße wenig Nutzen gehabt hätte. Die Grünen haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Parteien und Ratsmitglieder, die für die ortsferne uneffektive Variante 3a stimmen – das waren alle Parteien außer den Grünen im VG-Rat und im Stadtrat - diejenigen sind, die eine Realisierung einer Ortsumgehung „durch die Hintertür“ verhindern werden.

Die Grünen haben aber auch deutlich gemacht, dass die Stadt Gau-Algesheim mit diesen Planungen die Entlastung der Ockenheimer Straße offensichtlich gar nicht will, denn neben einer möglichst uneffektiven Trassenführung will man ein überdimensioniertes Einkaufszentrum auf

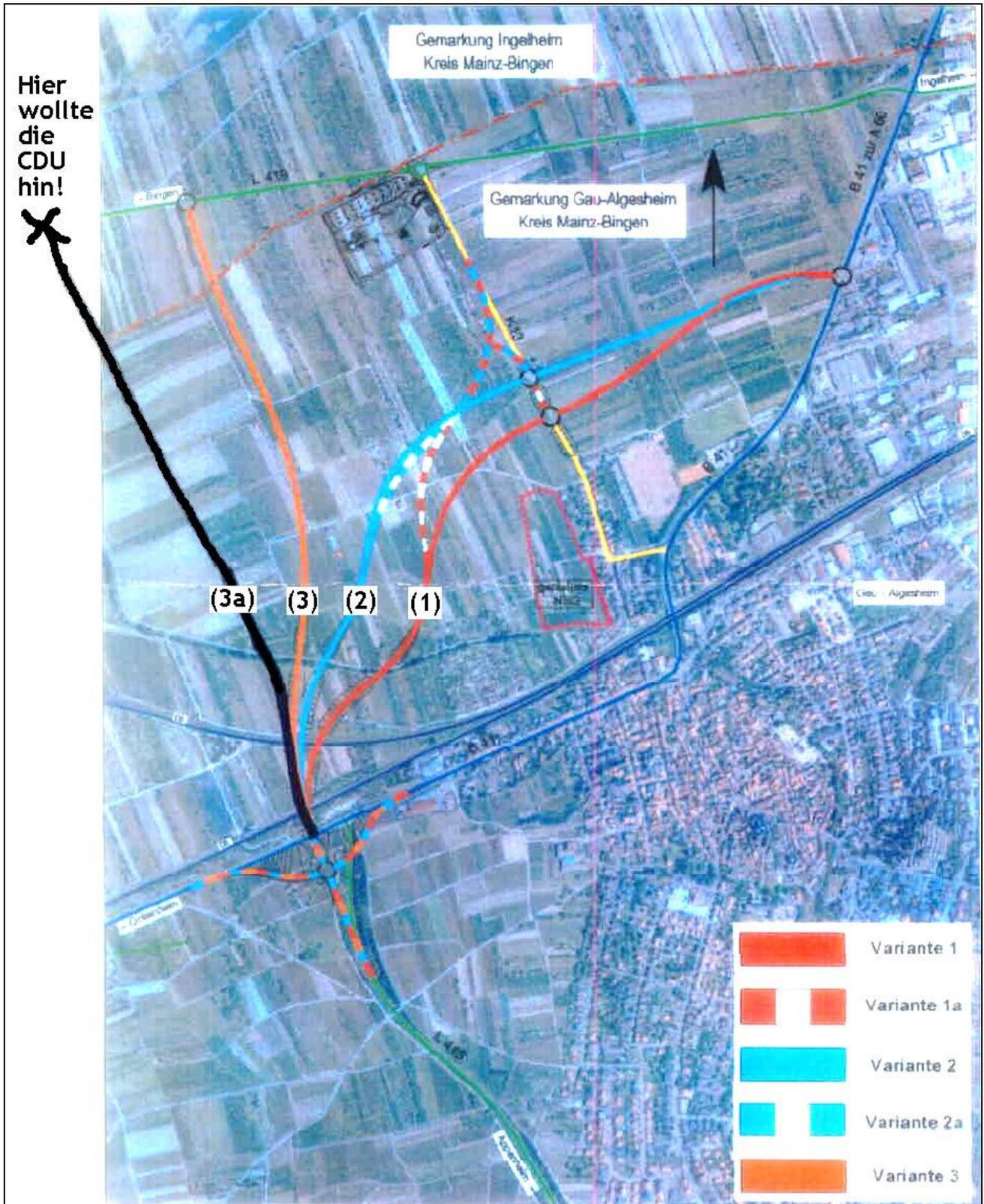
der Sportanlage an der Binger Straße errichten lassen. Ein solches Einkaufszentrum ist dort fehl am Platz, führt zu mehr Verkehr in der Ockenheimer Straße und belastet die Anwohner wegen der schlechten Zu- und Abfahrtbedingungen durch Rückstaus noch mehr.

Die Krönung der städtischen Verkehrsplanung im negativen Sinne ist die Planung einer neuen Straße nach Ingelheim entlang der Bahnstrecke. Damit macht man den Autoverkehr quer durch Gau-Algesheim für zusätzliche Autofahrten noch attraktiver. Sollte diese Straße kommen, wird sich der Verkehr laut Prognose im Bereich Ingelheimer und Binger Straße verdreifachen.

Dass diese völlig unsinnige Straße noch zwei Naturschutzgebiete berührt und zudem für eine deutliche Verschlechterung des Radwegeangebots nach Ingelheim sorgen wird, interessiert anscheinend auch nur wenige.

Für diese tolle Idee wurden sogar schon mehrere tausend Euro für eine Machbarkeitsstudie ausgegeben. Und obwohl das Ergebnis haarsträubend war, soll auch im nächsten Jahr weiteres Geld für Planungen aus dem Fenster geworden werden.

Diese im Widerspruch stehenden Planungen muss man zusammen sehen. Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite viele Millionen Euro Steuergelder und wertvolle Landschaften für Umgehungsstraßen zu verbrauchen, wenn gleichzeitig durch andere konterkarierende Projekte die Verkehrs-entlastung wieder zunichte gemacht wird. Leider reiht sich dieser Vorgang in die immer länger werdende Liste von Projekten der Stadt ein, die nur halb durchdacht auf den Weg gebracht werden und deshalb auch zu keinem vernünftigen Ergebnis führen.



Die diskutierten Varianten der Umgehungsstraße („Nordumgehung Gau-Algesheim“)

Kiesabbau auf dem Laurenziberg

Gastbeitrag der Bürgerinitiative Lebenswerter Laurenziberg



Als Gau-Algesheimer ist Ihnen der Laurenziberg sicherlich nicht nur als Wallfahrtsort, sondern auch mit all seinen Möglichkeiten zur „stillen“ Freizeitbetätigung bekannt, wenn nicht sogar lieb und teuer.

Derzeit ist lediglich eine relativ kleine Fläche (17,5 ha) zum Kiesabbau genehmigt bzw. beantragt, aber leider lassen sich, wenn der Abbau einmal begonnen hat, Erweiterungsflächen nicht mehr verhindern. Nach den Vorschlagsflächen des geologischen Landesamtes (s. Abb.) würden ca. $\frac{3}{4}$ des Plateaus und dabei einmalige und unwiederbringliche Schätze verloren gehen.

Wie Sie vermutlich aus der lokalen Presse schon erfahren haben, wird es bei dieser ruhigen Beschaulichkeit auf dem Laurenziberg nicht bleiben können, wenn es uns, mit vereinten Kräften, nicht gelingt den erneuten Kiesabbau auf dem Laurenziberg zu verhindern.

Wir, die BI Lebenswerter Laurenziberg, sind der Meinung, dass neben der natürlichen Schönheit dieses rheinhessischen Hochplateaus mit seinen Nutzungsmöglichkeiten zur Naherholung, diverser Möglichkeiten zu sportlichen Aktivitäten, aber auch die Tier- und Pflanzenwelt, neben den einmaligen geologischen und kulturhistorischen Gegebenheiten absolut schützenswert ist.

Wie die Landesregierung einerseits das Plateau als Landschaftsschutzgebiet und als besonders geeignetes Gebiet für landschaftsbezogene Freizeit und Erholung mit guter Eignung bezeichnet, die Stadt Gau-Algesheim in ihrem Bestreben als Fremdenverkehrsgemeinde unterstützt und gleichzeitig die Rohstoffvorkommen der Gemarkung als Vorranggebiet für die Ausbeutung der Landschaft preisgibt, ist uns vollkommen unverständlich.



Blick in eine alte Kiesgrube auf dem Laurenziberg, März 2007

Darüber hinaus erscheint es widersinnig, dass der Abbau von Rohstoffen in RLP einen solchen (ökonomischen) Vorrang vor allen anderen Dingen genießt, und die

Landesregierung es bisher versäumt hat, für dieses Prioritätsprojekt eine entsprechende Verkehrsanbindung zu schaffen!

Denn bis heute ist vollkommen unklar, welche Wege die LKW (von bis zu 100 x 2 pro Tag ist die Rede) nehmen, und welche der umliegenden Gemeinden davon hauptsächlich betroffen sein werden. Sehr wahrscheinlich ist jedoch die Ortsdurchfahrt Gau-Algesheim, weil der Bauunternehmer bevorzugt Baustellen im Rhein-Main-Gebiet anfährt.

Von dort soll auch das Verfüllmaterial für die Gruben mitgebracht werden. Über die Qualität der Verfüllung der „alten Gruben“ schütteln nicht nur Landschaftsplaner die Köpfe. Soll der Laurenziberg in Zukunft nur noch eine wüste Ödnis sein, die womöglich unglaubliche Geheimnisse in sich birgt?

Welche Auswirkungen haben der ständige Lärm und Staub auf die Tier- und Pflanzenwelt, die Landwirtschaft und auf uns Menschen?

Ein weiterer Punkt, der uns Sorge bereitet, sind Störungen des Wasserhaushaltes, die durch den Kiesabbau ausgelöst werden können. Wie würden sich die lauschigen Täler nördlich und südlich des Laurenziberges verändern, wenn die Quellgebiete auf dem Plateau durch den Kiesabbau gestört werden? Was würde dann aus dem einzigartigen wechselfeuchten Kalktrockenrasen im Naturschutzgebiet Jakobsberg? Gar nicht zu Ende denken mag man den Gedanken, wenn ein Ungleichgewicht des Wasserhaushaltes den stark rutschgefährdeten Ockenheimer Hang in Bewegung bringen würde.

Was können Sie tun?

Unterstützen Sie uns bitte in unseren Aktivitäten, gerne auch mit Rat und Tat!
Kontakt: www.Rettet-den-Laurenziberg.de

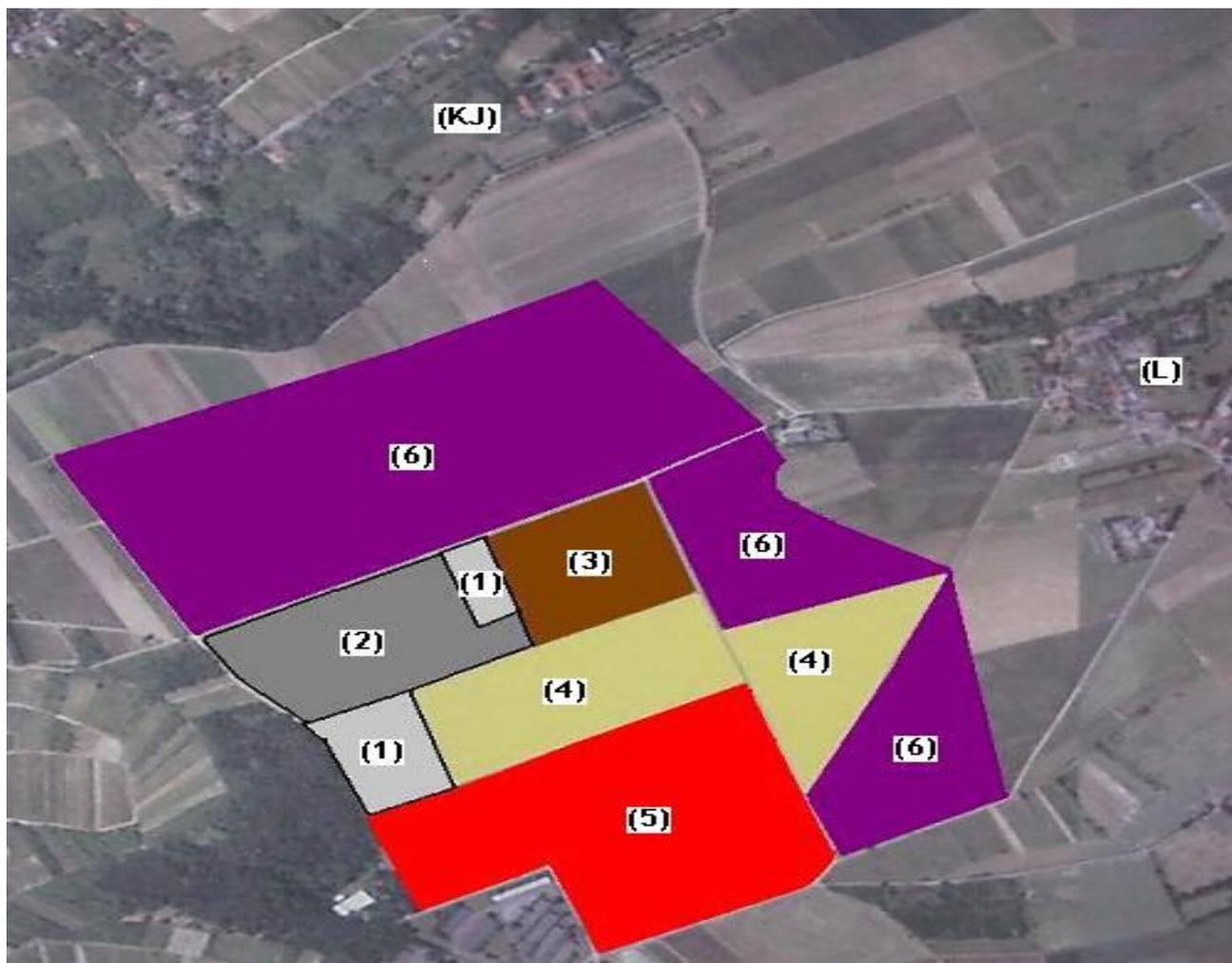


Abb.: Flächen der Rohstoffgewinnung, Bereich Laurenzi-/Jakobsberg
(L) Ortsteil Laurenziberg, (KJ) Kloster Jakobsberg; (1) Ausgebeutete noch nicht verfüllte Flächen; (2) Ausgebeutete verfüllte Flächen; (3) Genehmigte Flächen; (4) Flächen beantragt in 2001, genehmigt 2004, Genehmigung zurückgezogen 06/2007; (5) Vorrangflächen; (6) Vorschlagsflächen. Hinweis: Darstellung aus Platzgründen in N-S-Richtung gestaucht.

Neues Industriegebiet vor den Toren Gau-Algesheims!

Unglaublich, aber wahr: Kuhhandel zu Lasten der Umwelt

Von Klaus Reinheimer

Die Stadt Ingelheim plant ein 21 Hektar großes Industriegebiet vor den Toren Gau-Algesheims. CDU, SPD, FDP und FWG im VG-Rat stimmten in der Sitzung vom 12. Juni 2007 diesem Vorhaben zu, wenn die Stadt Ingelheim im Gegenzug den Ausbau des Kreisels an der B 41 vor der Autobahn 4-spurig ausbaut. Die Grünen machen einen solchen Kuhhandel zu Lasten der Umwelt nicht mit und fordern alle am Bebauungsplanverfahren Beteiligten auf, die weitere Vernichtung wichtiger Lebensräume für Mensch, Tier und Pflanzen zu verhindern.

Mitten im Naturschutzgebiet

Das Industriegebiet soll sich westlich der B41 fast bis Sporckenheim erstrecken und soll mitten hinein in das als besonders schützenswert und ökologisch hochwertige EU-Vogelschutzgebiet „Dünen- und Sandgebiet Mainz – Ingelheim“ und das Naturschutzgebiet „Ingelheimer Dünen und Sande“ gesetzt werden. Eine Unterschützstellung des Areals ist nur auf massiven Druck der Stadt Ingelheim unterblieben. Dabei leben auf dem Areal des geplanten Industriegebietes die gleichen „prioritären Arten“ wie in den angrenzenden Schutzgebieten. Die Vernichtung der Lebensräume von geschützten Tier- und Pflanzenarten durch das geplante Industriegebiet ist durch Ausgleichsmaßnahmen nicht zu ersetzen.

Gewerbegebiet oder Industriegebiet ?

Das Industriegebiet ist mit größtmöglichem Überbauungsgrad und Gebäudehöhen von bis zu 18 Metern vorgesehen. Ziel ist es, größere Betriebe anzulocken, die aufgrund ihrer starken Belastung für die Umwelt nicht in einem normalen Gewerbegebiet angesiedelt werden dürfen.

Hinzu kommt, dass die Beeinträchtigungen durch die Industrieansiedlungen weit reichende Umweltbelastungen mit sich bringen können. Lärm, Gestank, Dreck, Luftverschmutzung und viele andere Belastungen in der Umgebung verändern

nicht nur die Lebensbedingungen der Tiere und Pflanzen, sondern auch der Menschen in Sporckenheim, Ingelheim und Gau-Algesheim. Das Landschaftsbild der Rheinniederung zwischen Ingelheim und Bingen erfährt eine weitere drastische Verschlechterung.

Regionalbad, Verlagerung des Sportplatzgeländes, Gewerbegebiete Ingelheim und Gau-Algesheim, 4-spuriger Ausbau der B41 zur A60, Nordumgehung Gau-Algesheim und jetzt auch noch ein Industriegebiet - es geht zügellos weiter. Dies hat auch Einfluss auf den Tourismus in Gau-Algesheim, denn der Anblick eines Industriegebietes statt des freien Blicks auf Obstfelder, den Rheingau oder auf Gau-Algesheim ist sicher nicht förderlich. In Zukunft soll der Blick vom Westerberg zum Rheingau mit Schloss Vollrads und Johannisberg über Industrieanlagen schweifen. Es ist einfach unglaublich, mit welcher Ignoranz die Ratsmitglieder von CDU, SPD, FDP, FWG und der VG Bürgermeister skrupellos den weiteren Ausverkauf unserer Umwelt befürworten, nur um einen Kreisell 4-spurig ausgebaut zu bekommen. Dabei hat die Verbandsgemeinde ohnehin schon mit dem Land vereinbart, dass die B41 zur A60 4-spurig auszubauen ist und die entsprechenden Planungen vom zuständigen Landesbetrieb sind bereits in Gang.

Gravierender Mangel bei der landespflegerischen Bewertung

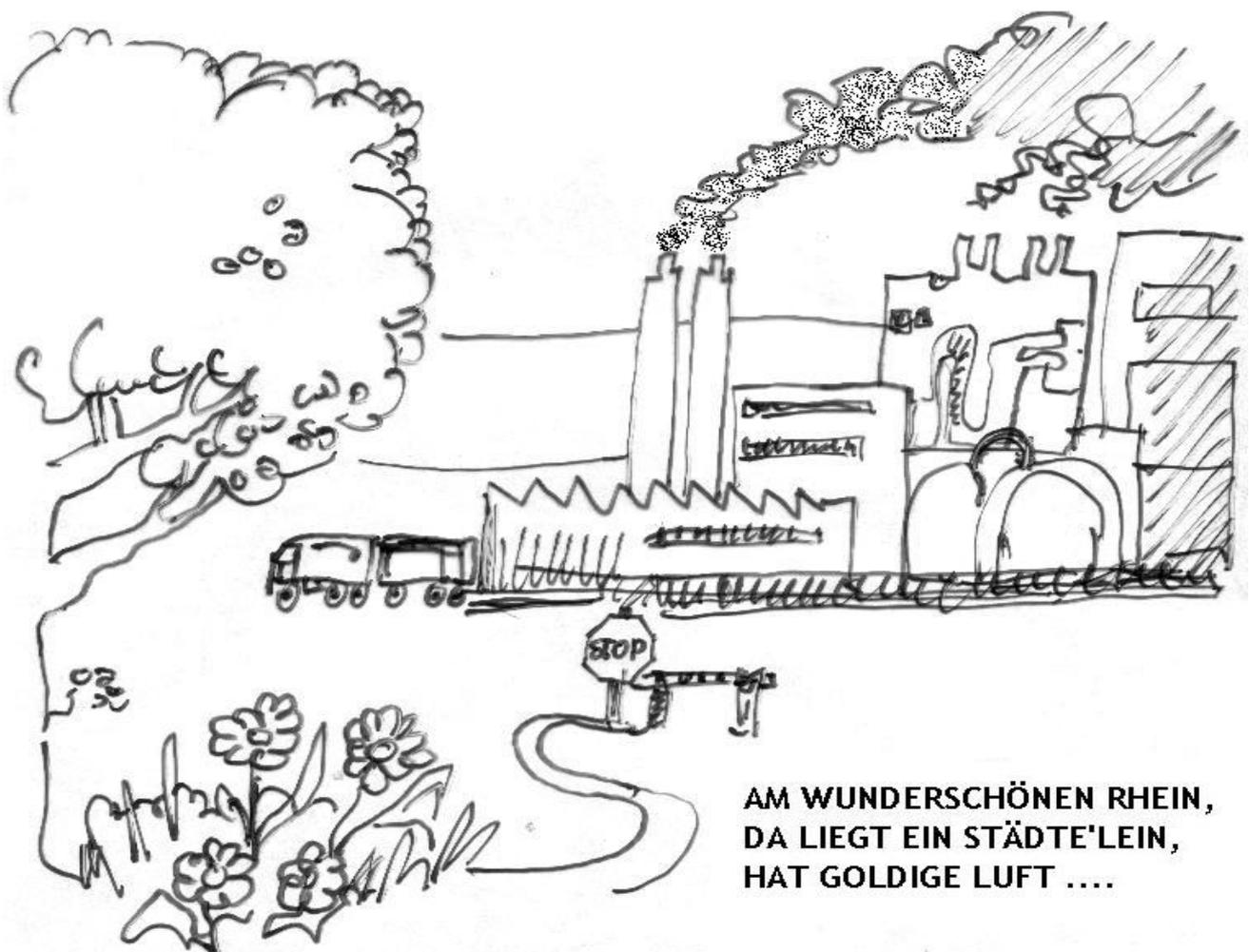
Ein gravierender Mangel liegt aus unserer Sicht bei der landespflegerischen Bewertung vor. Die Planungsgruppe, die von der Stadt Ingelheim beauftragt wurde, hat bereits bei anderen Projekten, wie z.B. beim Regionalbad, in diesem Gebiet die VSG (Vogelschutzgebiet)-Verträglichkeitsstudien erstellt. Bei der Bewertung des geplanten Industriegebietes wurden wiederum von der Planungsgruppe die Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahmen in diesem Gebiet richtig beschrieben und kommt auch zu dem Ergebnis, dass, wenn die Summe aller

Baumaßnahmen (Regionalbad, Verlagerung des Sportplatzgeländes, Gewerbegebiete Ingelheim und Gau-Algesheim, Nordumgehung Gau-Algesheim, 4-spurige Ausbau der B41 zur A60) betrachtet wird, das geplante Industriegebiet in der Summe mit den anderen Baumaßnahmen einen unzulässigen Eingriff bedeuteten würde. Die abschließende Beurteilung in der Studie betrachtet aber wiederum nur den einzelnen Eingriff in die hochwertvolle Biotopfläche und kommt dann wieder zu dem Endergebnis, dass der betrachtete Einzelfall des geplanten Industriegebietes keinen erheblichen und unzulässigen Eingriff bedeutet und der Auftraggeber wird in seinen Bauplanungen bestätigt. Außer dass die Summenwirkung aller Baumaßnahmen nicht berücksichtigt wurde ist weiter auffallend, dass in der Studie zum Industriegebiet lediglich die Auswirkungen eines Gewerbegebiets

betrachtet wurden. Ein Industriegebiet mit weit größeren Auswirkungen auf die Umwelt wurde gar nicht untersucht. Damit ist eine weitere Grundlage für diesen Bebauungsplan der Stadt Ingelheim falsch.

Was können wir tun ?

Wir werden zu diesem Thema um Unterstützung bei den Naturschutzorganisationen werben, um gegen diesen Bebauungsplan ggf. Rechtsmittel einzulegen und eventuell wegen der besonders streng geschützten Arten in diesem Gebiet die EU-Kommission einzuschalten. Vielleicht kann wieder einmal nur noch die EU-Kommission die nicht mehr ausgleichende Vernichtung einer einzigartigen Biotopfläche mit vom Aussterben bedrohten Tieren und Pflanzen verhindern. Hierzulande tritt der Naturschutz leider all zu oft hinter anderen Interessen zurück.



AM WUNDERSCHÖNEN RHEIN,
DA LIEGT EIN STÄDTE'LEIN,
HAT GOLDIGE LUFT

Zukünftiger Blick von Gau-Algesheim Richtung Rheingau.

Endlich - Hochwasserschutz im Welzbachtal

Von Klaus Reinheimer

Die Forderungen der Grünen, endlich Maßnahmen für einen wirkungsvollen Hochwasserschutz im Welzbachtal zu ergreifen, trägt nun bald erste Früchte.

40.000 m³ Welzbachwasser können bald am Honigberg zwischen Appenheim und Nieder Hilbersheim zurückgehalten werden. Diese Retentionsmaßnahme wollte ursprünglich die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim umsetzen. Zum Glück für die VG - aus Kostengründen und aufgrund des besseren Managements - übernahm der AVUS (Abwasserverband Untere Selz) diese Baumaßnahme, um eigenen Verpflichtungen aus behördlichen Auflagen nachzukommen. Die Planungen des Ingenieurbüros Francke + Knittel sind inzwischen genehmigt und die Maßnahme befindet sich in der Ausführungsplanung. Mit der Hochwasserschutzmaßnahme bekommt der Welzbach die Chance, auf mehreren hundert Metern sich und sein Umfeld naturnah auszubilden, so dass wieder wertvolle auentypische Lebensräume wie Stillgewässer und Vernäsungsflächen im Welzbachtal entstehen können.

Entlang des Radwegs hat die Maßnahme sogar das Potenzial, ein Stück Naherholung zu schaffen.

Es sieht danach aus, dass in diesem Jahr mit dem Bau begonnen wird und dieser im nächsten Jahr abgeschlossen wird.

Die VG Gau-Algesheim plant am Dünbach (er heißt nicht Dün**n**bach!) einen weiteren Retentionsraum von ca. 20.000 m³ herzurichten. Wie so oft verzögert der dafür notwendige Grunderwerb die weitere Planung wegen überzogener Preisvorstellungen der Grundstückseigentümer.

Ein wichtiger Schritt

Mit den beiden Rückhaltemaßnahmen wird ein wichtiger Schritt zum Hochwasserschutz in Appenheim und in Gau-Algesheim erreicht. Leider bedeutet das aber noch nicht annähernd einen 100 % igen Hochwasserschutz. (Zur Erinnerung: Vor etwas über 20 Jahren wurden einmal für einen sicheren Hochwasserschutz zwischen Gau-Algesheim und Appenheim 2 Rückhaltebecken mit einem Fassungsvermögen von 260.000 m³ geplant. Eine

Rückhaltung mit einer damals geplanten bis zu 8 m hohen Talsperre würde heute allerdings zu recht nicht mehr genehmigt werden, aber die Größenordnung von ca. 260.000 m³ Rückhaltevolumen gegenüber 60.000 m³ macht deutlich, dass mit den beiden Maßnahmen am Honigberg und am Dünbach nur knapp ein Viertel des damals berechneten notwendigen Rückhaltevolumens erreicht wird)

Glück gehabt !

Wenn man mit Fachleuten über die Hochwassergefahr für Gau-Algesheim spricht, ist der einhellige Tenor: Gau-Algesheim hat bisher viel Glück gehabt. Die Starkregenereignisse nehmen immer mehr zu und es gibt keinen Grund, dass das Welzbachtal weiterhin so glimpflich davon kommen wird. Demnächst wird vom Land Rheinland-Pfalz eine Untersuchung veröffentlicht, die die Überschwemmungsgebiete in unserer Region ausweist. Es wird sicher für manch einen, der sich bisher sicher vor Hochwasser in der Stadt Gau-Algesheim fühlte, eine beunruhigende Neuigkeit sein.

Der Hochwasserschutz darf mit der Errichtung der beiden Retentionsmaßnahmen nicht einschlafen, es muss noch viel getan werden!

Regenwasserbewirtschaftung

Wichtige Maßnahmen sind dabei die Außengebietsentwässerung und die Regenwasserbewirtschaftung. Es darf nicht sein, dass sich bei starken Regenfällen die Wirtschaftswege in Sturzbäche verwandeln und Unmengen Regenwasser in die Abwasserkanäle und den Welzbach spülen. Das Regenwasser muss vorher zur Versickerung gebracht werden!

Beim Thema Regenwasserbewirtschaftung ist immer noch vielen nicht klar, dass es Sinn macht, das Regenwasser möglichst auf dem eigenen Grundstück zum Versickern zu bringen. Jedem sollte bewusst sein, dass das Regenwasser, das er in den Kanal leitet, nicht mehr für die notwendige Grundwasserneubildung zur Verfügung steht und bei stärkeren

Regenereignissen die Gefahr von Kellerüberflutungen durch Kanalarückstaus vergrößert. Außerdem wird die Hochwassergefahr durch den Welzbach verstärkt, weil nach kurzer Zeit das Kanalsystem voll ist und das Wasser von den Regenüberlaufbauwerken und anderer Rückhalteeinrichtungen in den Welzbach gelangt.

Zukunftsweisende Lösung

Die zukunftsweisende Lösung des Problems kann nur eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung bringen. Diese beruht auf dem Grundgedanken, Regenwasserabflüsse am Entstehungsort oder in seiner näheren Umgebung zu vermeiden, zu verringern oder zu verzögern. Es sollte das Ziel sein, so viel wie möglich unmittelbar versickern zu lassen, um Grundwasser anzureichern, und nur so viel wie unbedingt nötig zu sammeln und – möglichst mit Verzögerung – abzuführen. Es gibt verschiedene Methoden und Maßnahmen, die entweder allein oder kombiniert angewandt werden können, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Dazu gehören die Verringerung versiegelter Flächen, die gezielte dezentrale Versickerung von Regenwasser, die dezentralen Kleinspeicher und die Rückhaltung des Regenwassers auf Dachflächen (Dachbegrünung) oder in Teichen, Weihern und Feuchtbiotopen, und die Nutzung des

Regenwassers als Brauchwasser in Haushalten und öffentlichen Einrichtungen. Die dezentrale Wasserrückhaltung bringt auch den Vorteil, dass die Überlastungshäufigkeit der Abwasserkanäle reduziert wird. Bei jeder Überlastung gelangt Abwasser in den Welzbach und dann in den Rhein, was diese unnötig verschmutzt.

Was können wir tun ?

Der VG-Rat könnte hier durch Änderung der Satzung zur Abwassergebühr (Entgeltsatzung Abwasserbeseitigung) entscheidende Weichen stellen. Es muss ein Gebührenmaßstab für die Niederschlagswasserbeseitigung eingeführt werden, der sich nach der tatsächlichen bebauten, befestigten und angeschlossenen Fläche richtet. In der Verbandsgemeinde gilt nach wie vor die theoretisch bebaubare Grundstücksfläche als Maßstab für die Gebühr. Warum nicht einmal dem Beispiel der Stadt Ingelheim folgen, die vor Jahren eine solche Entgeltsatzung mit Erfolg eingeführt hat. Mehrere Anträge der Grünen wurden hierzu im VG-Rat abgelehnt. Inzwischen gibt es auch Gerichtsurteile, die die Erhebung von so genannten wiederkehrenden Beiträgen, wie sie in der VG Gau-Algesheim erhoben werden, für unzulässig erklärt haben. Wir werden weiter versuchen, im VG-Rat eine Mehrheit für diese unumgängliche Satzungsänderung zu bekommen.

Neubaugelbiet Sandkaut - in den Sand gesetzt

Oder: Was passiert, wenn man Recht behalten will.

Von Joachim Cohausz

Also doch, die Sandkaut kommt. Irgendwann jedenfalls. Aber es kommt, das „wunderbare Baugebiet“, wie es Stadtbürgermeister Faust gegenüber der Presse vor einigen Monaten bezeichnet hat.

Wunderbar? Gut, wundern kann man sich. Denn wie war das noch, damals, als die Sandkaut beschlossen wurde: Bezahlbare Bauplätze sollten her, für junge Gau-Algesheimer Familien. Und da offensichtlich be-

fürchtet wurde, dass die Bauwilligen das Rathaus stürmen, Bürgermeister und Beigeordnete bedrohen oder gar noch mehr, was ja doch etwas unschön wäre, wurde mit viel Gehirnschmalz eine strenge Vorgabe entwickelt. Gau-Algesheimer sollten es schon sein, die Käufer. Aber holla, davon, den Gau-Algesheimern nämlich, gibt es doch so viele und die Bauplätze sind doch so wenige. Also sollten sie auch noch kein Wohneigentum haben und zu

guter Letzt (Achtung, Familienfreundlichkeit, steht in jedem Parteiprogramm!) Kinder sollten sie auch noch haben, die zukünftigen Sandkautler. Nun, und wenn es dann, wovon ja auszugehen sei, immer noch mehr geben sollten, die „wunderbar“ bauen wollen, dann müsse man halt losen.

Nun gut.

Ganz so ist es ja dann doch nicht gekommen, wie man jetzt weiß. Das Baugelbiet wurde teurer und teurer, 235 Euro so heißt es jetzt, sind pro Quadratmeter zu berappen. Ob es noch mehr wird, wer weiß dass schon, aber Bürgermeister und CDU-Fraktion sind wie immer guten Mutes, dass das schon nicht passieren wird. Aber egal, schon jetzt war es das für die jungen Gau-Algesheimer Familien. Man rechne: bei einer Grundstücksgröße von 400 Quadratmetern wären jetzt schon 94.000 Euro zu berappen. Notargebühren und Grunderwerbsteuer drauf - und schon wird sie bald sechsstellig, die Kaufsumme. Da muss wohl die ein oder andere Familie passen - denn wer kauft schon ein Grundstück, um anschließend nur noch ein Zwei-Mann-Zelt draufstellen zu können?

Und so kam, wie es kommen musste: Die ehemals hehren Ziele wurden still und heimlich vergraben (geht in Sand ja leicht), die Bauplätze kriegt, wer will. Nur junge Gau-Algesheimer Familien sind kaum noch welche darunter. „Thema verfehlt, Note sechs“ würde es da in der Schule heißen.

Ach ja: Ein so teures Baugelbiet sollte auch gut zur Geltung kommen. Man will ja zeigen, was man hat. Und vielleicht ist es ja deshalb sogar ganz gut, dass, um die Ziele des Lärmschutzes zu erreichen, die Häuser der Riegelbebauung ein wenig höher sein dürfen, acht Meter Traufhöhe statt 6,50 Meter wird jetzt erlaubt. 50 Grad Dachneigung sollten es zudem auch schon sein. Also, übersehen wird dieses Baugelbiet keiner mehr, das steht fest. Vielleicht wird sich aber so mancher nach der Fertigstellung des Baugelbietes Gedanken machen, warum manche Mitglieder des Stadtrates sich selbst derart Sand in die Augen streuen und gegen jede Vernunft etwas durchziehen, was keiner mehr will und braucht - nur um Recht zu behalten.



Mit freundlicher Genehmigung von Klaus Stuttmann (www.stuttmann-karikaturen.de)

Die Sportplatzmärchen von Gau-Algesheim

Von Joachim Cohausz

Märchen 1: Die Einkaufssituation verbessert sich

Gau-Algesheim tut was für die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger: Mit dem geplanten Einkaufszentrum auf dem jetzigen Sportplatzgelände wird Einkaufen zukünftig zum Konditionstraining für Nicht-Autofahrer. Insbesondere für ältere Menschen aus den südlichen Bereichen Gau-Algesheims wird die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu einem Problem werden.

Was von Bürgermeister und der CDU-Mehrheit des Stadtrates immer noch gerne verschwiegen wird, sei hier deutlich gemacht: Mit der Eröffnung des Einkaufszentrums wird sowohl der Edeka-Markt in der Ingelheimer Straße als auch der Penny-Markt am Bahnhof Vergangenheit sein. Es wird südlich der Bahnlinie somit keinen Supermarkt mehr geben. Immer wieder versucht insbesondere Bürgermeister Faust, mit dem Märchen eines

„Nostalgie-Lädchens“ im Stadtkern die Menschen zu beruhigen. Falschmeldungen werden lanciert, nachdem der Investor eine kleine Einkaufsmöglichkeit im Stadtkern einrichten müsse. Aber: Ein solches Lädchen ist überhaupt nicht Bestandteil des Vertrages mit dem Investor für die Einkaufsmärkte. Damit ist jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass es ein solches Lädchen geben wird, höchst gering. Warum soll ein privater Unternehmer freiwillig eine solche Investition, die wohl nie Gewinn abwerfen wird, tätigen? Das Märchen, mit dem Einkaufszentrum auf dem jetzigen Sportplatz werde die Versorgungssituation der Gau-Algesheimer verbessert, trifft damit nicht zu. Zumindest für die Mehrzahl der Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad einkaufen gehen wollen oder müssen, wird sich die Situation deutlich verschlechtern!

Märchen 2: Der Investor zahlt alles

Doch die Verbesserung der Einkaufssituation ist nicht das einzige Märchen dieses Geschäftes: Immer noch wird so getan, als ob dank des Investors eine neue Sportanlage fast zum Nulltarif zu haben sein wird. Doch schon jetzt ist klar, dass der Steuerzahler tief wird in die Tasche greifen müssen. Da die Stadt - entgegen dem Rat der Grünen-Fraktion - seinerzeit auf die genaue juristische Prüfung des Vertrages mit dem Investor verzichtet hat (man wolle ja dasselbe, hieß es, warum also Prüfung?) stellt sich jetzt immer mehr heraus, wie viel Unklarheit besteht. Da will der Investor auf kleinstem Raum die Anlage bauen, weil er damit Grundstückskäufe spart - und dies darf er nach diesem Vertrag. Also kauft die Stadt weitere Grundstücke auf eigene Kosten auf. Zurzeit wird heftig über die Qualität der

Anlage verhandelt. Auch hier, soviel ist klar, wird die Stadt und der Steuerzahler kräftig draufzahlen müssen, um den Wünschen der Sportler wenigstens annähernd nachkommen zu können. Denn was hat man von einer Laufbahn, die nach fünf Jahren schon wieder kaputt ist, was von einem Kunstrasen, der nichts taugt? Es muss nachgebessert werden. Was das nun alles kostet? Nun, im günstigsten Fall ist jetzt von 420.000 Euro die Rede. Geld übrigens, das von der Stadt bisher überhaupt nicht eingeplant war und deswegen jetzt wohl im Nachtragshaushalt zum Thema wird. Langsam stellt sich die Frage, ob es überhaupt teurer gewesen wäre, hätte die Stadt ohne Investor und stattdessen mit Zuschüssen ihr Sportgelände saniert.

Märchen 3: Bald ist der neue Sportplatz da

Zum Schluss muss noch ein weiteres Märchen aufgedeckt werden: mit dem der schnellen Realisierung nämlich. Hieß es nicht ursprünglich, Ende 2007 sei die neue Anlage fix und fertig? Dann war von Fertigstellung im Frühjahr 2008 die Rede, dann von Baubeginn im September 2007. Wieso überhaupt noch Termine genannt werden, ist ein Rätsel. Denn eigentlich geht das nicht, zu viele zeitraubende Probleme und Schwierigkeiten sind zu bewältigen. Beispielsweise hat die Stadt Ingelheim Klage gegen das Land eingereicht, weil in Mainz die Einkaufs-

märkte genehmigt wurden. Ingelheim argumentiert, die Märkte seien für die knapp 7.000 Gau-Algesheimer viel zu groß und schwächten die Geschäfte des Mittelzentrums Ingelheim. Keiner weiß, ob es zu einem Gerichtsverfahren kommt und vor allem, wie lange es dauert. Aber vielleicht glauben ja Stadtführung und CDU-Stadtratsmehrheit tatsächlich an Märchen - also kommt bald eine schöne Fee und alles wird ganz schnell gut.

Und wenn sie nicht gestorben sind . . .

Beachvolleyballplatz

Erfolgreiche Initiative der Grünen getrübt durch Anwohnerklagen

Von Dr. Peter Obitz

Als einzige Partei Gau-Algesheims haben die Grünen seit Jahren regelmäßig mit Anträgen die Einrichtung eines Beachvolleyballfeldes gefordert. Endlich ist es soweit, und zum ersten Mal konnte das traditionelle Volleyballturnier der Grünen am 26. August auf dem neuen Sandplatz in Gau-Algesheim ausgetragen werden. Sechs Mannschaften kämpften bei strahlendem Sonnenschein um den Turniersieg, den die Spieler von "Teamstar 54" durch einen Zweisatzsieg über "Pritschen für Pavel" für sich entscheiden konnten.

Leider gibt es auch Schattenseiten. Sowohl beim neuen Bolzplatz am Ortsrand

Richtung Appenheim als auch beim Beachvolleyballfeld beschwerten sich Anwohner über den Lärm spielender Kinder und Erwachsener. Hierfür haben die Grünen kein Verständnis. Sie sind froh über jedes spielende Kind, das nicht vor'm Fernseher oder Computer sitzt, sondern Leben in unsere Stadt bringt.

So werden die Grünen auch weiterhin fordern, die Schlosswiese attraktiver zu gestalten, z.B. durch einen Spielplatz oder die Errichtung eines Minispielfeldes, die sogar durch den DFB finanziell bezuschusst werden könnte.



Volleyballturnier vom 26.08.2007

Impressum

Redaktion: Klaus-Reinheimer, Joachim Cohausz,
Dr. Peter Obitz, Eberhard Peschel, Norbert Grabowski
V.i.S.d.P.: Norbert Grabowski, Gau-Algesheim
Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, OV Gau-Algesheim
Spendenkonto: Die Grünen, Kto. 36006765,
Sparkasse Rhein-Nahe, BLZ 56050180

Infos, Termine, dieser und ältere Scheibenwischer im
Internet unter www.gruene.de/gau-algesheim